

Pressemeldung

Wiesbaden, 06.02.2026

Wohnungslosigkeit ist kein Randproblem

Neue Studie bestätigt zentrale Forderungen der Liga Hessen: Wohnungslosigkeit wirksam verhindern und die Vermittlung in Wohnraum ausbauen

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts zur verdeckten Wohnungslosigkeit in Hessen (beauftragt durch das Hessische Sozialministerium) sieht sich die Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen in ihren langjährigen fachpolitischen Positionen bestätigt. Der Bericht zeigt deutlich: **Wohnungslosigkeit ist ein relevantes und vielfach unterschätztes Problem – und sie ist in vielen Fällen durch frühzeitige, verlässliche Hilfen vermeidbar.**

In Hessen bestehen Ansätze zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit, diese sind jedoch regional sehr unterschiedlich ausgeprägt und nicht flächendeckend abgesichert. „Der Bericht bestätigt unsere Forderung: Wir brauchen hier mehr präventive Fachstellen, aufsuchende Hilfen und die Möglichkeit, bei Mietschulden frühzeitig zu intervenieren. Wohnungslosigkeit ist vermeidbar“, sagt Jörg Klärner, Vorsitzender des Liga-Arbeitskreises „Grundsatz und Sozialpolitik“.

Die Studie der „Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e. V.“ (GISS) macht sichtbar, dass Wohnungslosigkeit weit über die Gruppe der Menschen ohne Unterkunft hinausgeht. Die Zahlen aus der Wohnungslosenstatistik für Hessen, die für 2025 knapp 30.000 Personen in den Unterkünften auswies, zeigen nicht das ganze Ausmaß. Insbesondere verdeckte Wohnungslosigkeit, etwa das vorübergehende Unterkommen bei Freund*innen oder Angehörigen, bleibt häufig unsichtbar. Hinzu kommt ein erhebliches Ausmaß drohender Wohnungslosigkeit infolge von Mietschulden, Kündigungen oder kritischen Übergängen aus Haft, Jugendhilfe oder stationären Einrichtungen. Damit bestätigt der Bericht zentrale Befunde, auf die die Liga Hessen seit Jahren in Stellungnahmen und Positionspapieren hinweist.

„Wohnungslosigkeit ist kein individuelles Versagen, sondern Ausdruck struktureller Probleme auf dem Wohnungsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen“, führt Katharina Alborea aus, Sprecherin der Liga-Fachgruppe Wohnungsnotfallhilfe. „Prävention, verlässliche Hilfestrukturen und der Zugang zu bezahlbarem Wohnraum sind entscheidend, um Wohnungsverluste zu verhindern und Wohnungslosigkeit zu überwinden.“

Auch im Bereich der Hilfen für wohnungslose Menschen zeigt der Bericht deutlichen Handlungsbedarf. Die Standards der ordnungsrechtlichen Unterbringung unterscheiden sich erheblich, und der Zugang zu dauerhaftem Wohnraum bleibt vielerorts das zentrale Nadelöhr. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Liga den Ansatz, das Konzept „Housing First“¹ als diejenigen Hilfen zu verstehen, durch die Menschen in passgenauen Wohnraum vermittelt werden. Der Bericht bestätigt, dass der unmittelbare Zugang zu eigenem Wohnraum – kombiniert mit freiwilligen Unterstützungsangeboten – nachhaltige Perspektiven eröffnet, auch für Menschen mit komplexen Problemlagen.

Sozialministerin Heike Hofmann besuchte anlässlich der Veröffentlichung des Berichts das „Caritashaus“ in Wetzlar, eine ambulante Fachberatungs- und begleitungsstelle für Wohnungslose, die auch den „Housing First“-Ansatz umsetzt. „Dass die Wohnraumvermittlung mit allen verfügbaren Angeboten der Wohnungsnotfallhilfe im Bericht ausdrücklich als erfolgreicher Ansatz benannt wird, bestärkt uns in unserer fachlichen Linie“, so Jörg Klärner abschließend. „Jetzt braucht es den konsequenten Ausbau und eine verlässliche Förderung dieser Angebote in ganz Hessen.“ Der Vorsitzende des Arbeitskreises „Grundsatz und Sozialpolitik“ betonte, dass es aus Sicht der Liga nun entscheidend sei, dass Politik, Kommunen und freie Träger gemeinsam handeln, um Wohnungslosigkeit in Hessen nicht nur zu verwalten, sondern wirksam zu überwinden.

Kontakt für die Presse

Sabine Kamien

Referentin für Kommunikation

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.

Mobil: 0160 97530197

Tel.: 0611 3081434

s.kamien@liga-hessen.de

www.liga-hessen.de

¹ Housing First bezeichnet einen sozialpolitischen Ansatz zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit, bei dem betroffenen Menschen zuerst ein dauerhafter, eigener Wohnraum zur Verfügung gestellt wird. Weitere Unterstützungsangebote (z. B. Beratung, medizinische oder psychosoziale Hilfe) erfolgen freiwillig und sind keine Voraussetzung für das Wohnen. Ziel ist langfristige Wohnstabilität und soziale Teilhabe.